

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 253 (1974)

Artikel: Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz im Jahre 1972/73
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-376093>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz im Jahre 1972/73

Das abgelaufene Jahr verlief *weltpolitisch* in steter Unruhe wie bisher. Zwar konnte anfangs 1973 der leidige Vietnamkrieg wenigstens für die USA zum Abschluß gebracht werden, doch dauern die Spannungen sowohl im Nahen Osten wie in Irland unverringert weiter an. Immer drohender wurden die Exzesse der Palästinenser und der mit ihnen verbundenen schwer greifbaren Organisationen. In Westeuropa kam es zwischen der deutschen Bundesrepublik und der DDR zu einer vertraglichen Verständigung und im Gefolge davon zur diplomatischen Anerkennung der letzteren durch die westeuropäischen Länder einschließlich der Schweiz. In USA vermochte sich Präsident Nixon durch Wiederwahl zu behaupten, wie auch die sozialdemokratische Führung in Westdeutschland. Bedeutsam war in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht die nach langen Verhandlungen geglückte *Erweiterung der EWG* durch die Angliederung Großbritanniens, Irlands und Dänemarks, während Norwegen diese in der Volksabstimmung verwarf. Gleichzeitig konnte auch zwischen den verbleibenden Staaten der EFTA und der EWG ein *Freihandelsabkommen* unter Dach gebracht werden, in das auch die Schweiz einbezogen wurde. Diesem mit großer Umsicht in die Wege geleiteten Abkommen stimmte denn auch das Schweizervolk am 3. Dezember 1972 mit großem Mehr zu. In 5-jährigen Etappen soll nun der Zoll auf Industriegütern zwischen der Schweiz und den EWG-Ländern, die ohnehin einen ganz erheblichen Teil unseres Außenhandels stellen, abgebaut werden, während der Agrarsektor ausgeklammert bleibt.

Die *Weltwirtschaft* stand 1972 im Zeichen vermehrter Auftriebskräfte. Das Bruttosozialprodukt stieg gegenüber dem Vorjahr um 5 1/2 %, in USA sogar um 6 %, doch entsprach dies auch der fortschreitenden Teuerung, die durchschnittlich 7 % betrug. Fehlte es auch nicht an Gegenmaßnahmen, so vermochten diese den allgemeinen Trend nach oben nicht wirksam genug abzuschirmen. Zahlreiche Streiks in Großbritannien, Frankreich und Italien fachten die stürmische Lohnaufwärtsbewegung stets erneut an. Lähmend erwies sich auch die Währungsschwäche in Großbritannien und USA, wo ein allzu großes Zahlungsbilanzdefizit den Dollar unterhöhle. Mit der Freigabe des Wechselkurses für das englische Pfund und dem Dollar geriet auch das bisherige Währungsgefüge ins Wanken. Die Anbahnung einer wirklichkeitsgemäßen Neuordnung bereitet denn auch große Mühe.

Die *Schweiz*, die im vergangenen Jahr besonders seitens der Binnenwirtschaft Auftriebsimpulse erfuhr, wurde schon wegen ihrer engen Verflechtungen mit der Weltwirtschaft ebenfalls

in den Strudel der allgemeinen Währungsunsicherheit gezogen, wobei der Schweizerfranken sehr an Festigkeit gewann. So war besonders die Exportwirtschaft durch die 1971 vorgenommene Aufwertung und durch die Entwicklung verstärkt gebremst worden. Die Beschäftigung in unserem Lande war aber nach wie vor sehr hoch, und der Arbeitsmarkt auch völlig ausgeschöpft, dies trotz unverminderter Zahl ausländischer Arbeitskräfte, die Ende 1972 inklusive Saisonarbeiter 891 000 betrug. Diese stellen denn auch recht schwierige Fragen der Infrastruktur (Schulen, Spitalwesen usw.). Die Teuerung, die Ende 1972 gegenüber dem Vorjahr das nie zuvor gekannte Ausmaß von 7,2 % erreicht hatte, und 132,5 gegenüber 100 im September 1966 betragen hatte, setzte sich auch in den ersten Monaten 1973 fort. Der Großhandelsindex stieg im vergangenen Jahr von 115 auf 121,7 (1963 = 100). An der Teuerung trugen wieder die Mieten, aber auch die auf Jahresbeginn erheblich erhöhten Posttaxen bei.

Der *Geldmarkt* war im vergangenen Jahr sehr flüssig. Die bereits verhängten Kreditbeschränkungen vermochten die Geldnachfrage nicht genügend abzubremsen und drückten den Zinsfuß wieder hinauf. Die Freigabe des Pfundes im Juni 1972 verursachte eine Überschwemmung des schweizerischen Marktes mit Auslandsgeldern, denen mit Maßnahmen wie Verzinsungsverbot, Auferlegung einer Kommissionsbelastung u. a. m. begegnet wurde. Die Rendite für Bundestitel, die im Frühjahr 1972 noch 4,58 % betrug, stieg bis Ende des Jahres auf 5,27 %. Der *Kapitalmarkt* wurde 1972 stark beansprucht, so namentlich durch Auslandsanleihen, aber auch durch den Eurokapitalmarkt.

Die *Landwirtschaft* hatte im vergangenen Jahr unter ungünstiger Witterung zu leiden, was namentlich der Brotgetreideernte aber auch der Obsternte schadete, während Heu und Emd besser ausgaben. Die ständig steigenden Produktionskosten einschließlich der Löhne führten zur Forderung verbesserter Preise, was ihnen denn auch für Fleisch, Milch und Kartoffeln ab Neujahr 1973 bewilligt wurde. Bereits vorher war ein neuer Milchwirtschaftsbeschuß in Kraft getreten, der auch für die Berggebiete besondere Zuschläge brachte. Zur Diskussion stehen ferner besondere Ausgleichszahlungen als Einkommenszuschüsse an die Landbevölkerung, um so der mehr und mehr drohenden Abwanderung in andere lohnendere Berufszweige entgegenzuarbeiten.

In der *Industrie* herrschte allgemein Vollbeschäftigung, wenn auch da und dort Krisen auftraten und die Tendenz zur Konzentration der Betriebe sich fortsetzt. Erschwerungen bringen

natürlich auch die unsicheren Verhältnisse auf dem Geldmarkt, so vor allem für die Exportwirtschaft. So ist vor allem in der Textil- und Uhrenindustrie ein Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen.

Die *Metall-* und *Maschinenindustrie* befand sich nach wie vor in starker Position. In der *Uhrenindustrie* erweist sich namentlich die japanische Konkurrenz als bedrohlich und wird die Lage heute als ernst bezeichnet. Gut war dagegen der Geschäftsgang in der *chemisch-pharmazeutischen Industrie*, während die *Textilindustrie* mit wachsenden Produktionskosten und dementsprechend verstärkter Auslandskonkurrenz zu kämpfen hatte. Dies bekam auch die *Stickerbranche* zu spüren, wo die um 10 % gestiegenen Produktionskosten nur zum Teil auf die Verkaufspreise überwältigt werden konnten.

In der *Baubranche* herrschte trotz den verhängten Beschränkungen Hochbetrieb. Dabei hat der Wohnungsbau mehr zugenommen als der gewerblich-industrielle Bau. Sukzessive mußten die Beschränkungen des eidg. Baubeschlusses verschärft werden, wobei aber doch der soziale Wohnungsbau weitere Förderung erfahren soll.

Im *Fremdenverkehr* war 1972 eine gewisse Verlangsamung des Frequenzanstiegs zu beobachten. Daran war auch die unfreundliche Witterung des Sommers mitschuld.

Der *Außenhandel* wies 1972 einen Import von 32 326 Mio und einen Export von 26 091 Mio Fr. auf. Das bedeutet einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 9,1 % beim Import und von 10,5 % beim Export. Der Passivsaldo stellte sich damit auf über 6 Mia. Vom Export gingen nicht weniger als 9594 Mio oder 37 % nach EWG-Ländern und 5846 Mio oder 22 % nach EFTA-Ländern. Nach Branchen unterteilt zeigte sich, daß 8689 Mio oder 33 % auf die Metall- und Maschinenindustrie entfielen, 22 % auf die chemisch-pharmazeutische Industrie, während der Anteil der Uhrenindustrie etwas über 10 %, derjenige der Textilindustrie unter 10 % lag.

Hauptgegenstand der *Wirtschafts- und Sozialpolitik* war im vergangenen Jahr die Konjunkturdämpfung. Im Juni stimmte das Schweizer Volk dem dringlichen Bundesbeschluß zum Schutz der Währung zu. Damit wurden wie bereits bemerkt die eingeströmten Auslandsgelder einer Kommissionsbelastung unterworfen, ein Anlageverbot in schweizerischen Wertschriften

für Ausländer erlassen und die Beschränkung von Grundstückkäufen durch Auswärtige verschärft. Den Banken wurden von den Bundesbehörden Mindestreserven auferlegt. Diese Maßnahmen erfuhren eine Ergänzung durch einen Ende des Jahres erlassenen neuen Bundesbeschluß zur Konjunkturdämpfung, der den Behörden das Recht zur Überwachung von Preisen inkl. Mieten, von Löhnen und Gewinnen, sowie zur Einführung eines bereits früher vorgeschlagenen Exportdepots einräumte und auch weiterhin eine Verschärfung des Baubeschlusses brachte. Bereits waltet auch ein eidgenössischer Preisüberwacher seines Amtes.

Auf Jahresbeginn 1973 ist eine sozialpolitisch bedeutsame *Erweiterung der AHV* in Kraft getreten. Eine Volksinitiative auf Einführung einer eigentlichen Vollpension wurde zwar verworfen, der immerhin noch recht weitgehende Gegenvorschlag der Bundesversammlung dagegen angenommen.

Daß die *Finanzen* sowohl des Bundes, wie der Kantone und Gemeinden sich bei der außergewöhnlichen Beanspruchung der öffentlichen Aufgaben verschlechtern mußten liegt auf der Hand. Sowohl im Militärssektor, wie im Wohnungsbau, der Altersfürsorge, dem Straßenbau, im Gesundheitswesen und im Bildungs- und Forschungswesen sind der öffentlichen Hand riesige Belastungen erwachsen, die notgedrungen Steuererhöhungen auf der ganzen Linie nötig machen. Bereits wird von Bundes wegen die Erhöhung der Wehrsteuer wie der Warenumsatzsteuer in Erwägung gezogen, aber auch Kantone und Gemeinden werden um erhebliche Steuererhöhungen nicht herumkommen. Festzustellen ist, daß speziell in der Ostschweiz der Widerwille gegen kostspielige behördliche Projekte im Steigen begriffen ist, was sich in Volksabstimmungen zeigt und u. a. dazu führte, daß sowohl der eidg. Bildungs- wie der Forschungsartikel am 4. März 1973 von beiden Appenzell verworfen wurden. Die Finanzrechnung des Bundes schloß 1972 mit einem Defizit von 247 Mio statt einem budgetierten Überschuß von 180 Mio ab. Auch die eidg. Regiebetriebe mit einziger Ausnahme der Alkoholverwaltung werden zusehends mehr defizitär. Anfangs 1973 wurden denn auch sowohl die Branntweinsteuer wie die Tabaksteuer fühlbar erhöht, was aber lediglich der AHV und der Invalidenversicherung zugutekommt.

Zentralheizungen
Oelfeuerungen
Gasfeuerungen

erstellt die Spezialfirma

WALTER NIGG AG

Heizung, Lüftung, Sanitär

9100 HERISAU

Warteckstraße 7, Tel. (0 71) 51 15 01